



Bad Schwalbach, den 29.11.2019

Niederschrift

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	23/X. Wahlperiode
Datum	Freitag, 29. November 2019
Sitzungsbeginn	09:00 Uhr
Sitzungsende	14:00 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Sandro Zehner	
--------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Michael Barth	
Herr Sebastian Busch	
Herr Ali Emamalizadeh	
Herr Klaus Gagel	
Herr Matthias Hannes	
Herr Jan Kraus	
Herr Walter Lieber	
Herr Günter Linke	
Herr Georg A. Mahr	
Herr Karl Mayer	
Herr Stefan Müller	
Herr Joachim Reimann	
Herr Thomas Zarda	

Dezernent

Herr Günter F. Döring	
Frau Monika Merkert	

FWG Fraktion

Frau Inga Rossow	
------------------	--

Stellv. Mitglied

Frau Helga Becker	
-------------------	--

entschuldigt

Herr Maximilian Faust	
-----------------------	--

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann	
Herr Horst-Dieter Kuhn	
Herr Franco Matera	
Herr Jürgen Schwalbach	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Ausschussvorsitzender Zehner eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder und Landrat Kilian und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.10.2019

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

**TOP 2. DS X/1129 Kontrolle der Beschlüsse des Kreistages;
Fortschreibung der Beschlusskontrolle vom 27.03.2019 bis zum
27.08.2019**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 3. DS X/1137 Berichts Antrag Nr. 20/19 der SPD-Kreistagsfraktion:
Personalbedarf der Kreisverwaltung im Bereich Klimaschutz,
hier: Stellungnahme der Verwaltung**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 4. DS X/1148 Fridays for Future im RTK, Forderungen der Schüler,
Umsetzungsprüfung**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 5. DS X/1151 1000 zusätzliche Sozialwohnungen.
Stellungnahme der Verwaltung zum Berichts Antrag Nr. 23/19
der Fraktion die LINKE vom 29. September 2019.**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 6. DS X/1142 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft 2020

Eine Frage des Abg. Barth wird durch den Betriebsleiter Heil beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2020 wird wie folgt beschlossen:

1. Der Wirtschaftsplan wird gemäß §15 Eigenbetriebsgesetz (GVBL II 1989 331 - 6) festgestellt.	2020
2. Im Erfolgsplan werden die Erträge auf die Aufwendungen auf und der Jahresverlust auf festgesetzt.	11.181.000,00 € 12.921.900,00 € 1.740.900,00 €
3. Im Vermögensplan werden die Einnahmen auf und die Ausgaben auf festgesetzt.	2.615.900,00 € 2.615.900,00 €
4. Der Gesamtbetrag der Kredite wird auf festgesetzt.	- €
5. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen wird auf festgesetzt.	- €
6. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.	- €

TOP 7. DS X/1144 Betrauung der Kommunalen Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus (nachfolgend „kwb“) mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen/ mit besonderen Aufgaben der Daseinsvorsorge, vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung im Gebiet des Rheingau-Taunus-Kreises zu gewährleisten (gemeinnütziger Zweck) (Betrauungsakt)

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mahr, Müller, Gagel und Barth.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen bei 4 NEIN-Stimmen**

Beschluss:

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis (RTK) betraut die kwb mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen / mit besonderen Aufgaben der Daseinsvorsorge im Bereich des sozialen Wohnungsbaus im Gebiet des Rheingau-Taunus-Kreises nach näherer Maßgabe der diesem Beschluss als Anlage 1 beigefügten Betrauung.
2. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der RTK Holding Beteiligungsgesellschaft des Rheingau-Taunus-Kreises GmbH wird beauftragt, unverzüglich einen Beschluss des Aufsichtsrates gemäß Anlage 2 zu diesem Beschluss herbeizuführen, mit dem der Aufsichtsrat der kwb GmbH zur unverzüglichen Herbeiführung eines Beschlusses beauftragt wird, mit dem der Betrauungsakt als verbindliche Weisung gemäß Anlage 3 an die Geschäftsführung der kwb beschlossen wird.
3. Die diesem Beschluss als Anlage 1 beigefügte Betrauung bildet den Inhalt der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung der kwb.

TOP 8. DS X/1014 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet "Ober der Hardt", Bad Schwalbach; Grundsatzbeschluss

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mahr, Rossow und Landrat Kilian, der ausführlich von den Beratungen des EUKA und der dortigen Beschlussfassung berichtet. Das Ergebnis der Beratungen wird übernommen, die Freigabe des Sperrvermerkes soll allerdings durch den Kreistag vorgenommen werden.

Die Haushaltsstelle für das Neubauvorhaben Gefahrenabwehrzentrum „Ober der Hardt“ soll umbenannt werden. Als zukünftiger Titel wird Neubauvorhaben Gefahrenabwehrzentrum vorgeschlagen.

Die Haushaltsstelle soll mit einem Sperrvermerk versehen werden, der durch die Beschlussfassung des Kreistages aufgehoben werden kann.

Der Tagesordnungspunkt wird mit dieser Maßgabe vertagt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 9. DS X/1135 Sachstandsbericht Neubauplanungen im Bereich Ober der Hardt, Bad Schwalbach

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 10. DS X/1109 Stufenweise Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Grundschulen im Landkreis

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, KB Merkert, Mahr, Reimann, Rossow, Zehner und Landrat Kilian.

Ausschussvorsitzender Zehner schlägt vor, das Konzept dahingehend zu ergänzen, dass zunächst die Maßnahmen für das Schuljahr 2020/2021 bewilligt werden und ein flexibler Pool von Fachkräften aufgebaut werden soll, der je nach Lage eingesetzt wird.

Über diese Änderungen lässt Ausschussvorsitzender Zehner abstimmen. Dies wird bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen.

Mit der Ergänzung wird das Konzept einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die stufenweise Einführung von Schulsozialarbeit an allen Grundschulen im Landkreis. Bewilligt werden zunächst nur die Maßnahmen für das Schuljahr 2020/2021.

TOP 11. DS X/1002 Kostenfreies Busticket für Kreisbedienstete; hier: Antrag Nr. 18/19 der SPD-Fraktion vom 22.05.2019

An der ausführlichen Aussprache beteiligen sich KB Döring und die Abg. Mahr, Zarda, Müller, Mayer, Linke, Barth, Gagel, Rossow, Lieber, Ausschussvorsitzender Zehner und Landrat Kilian.

Die Beschlussfassung erfolgt auf folgender Grundlage:

1. Die SPD-Fraktion zieht ihren Änderungsantrag zurück.
2. Im weiteren Verlauf wird von einem "kostenfreien ÖPNV-Ticket" gesprochen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu klären, ob bei einer Beschlussfassung alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das ÖPNV-Ticket im steuerlichen Sinne nutzen

müssen. In diesem Zusammenhang steht die Frage, wie wird der „geldwerte Vorteil“ steuerlich betrachtet und was bedeutet dies für die sog. „Pendlerpauschale“. Bis zur Klärung der steuerlichen Fragen ergeht ein Sperrvermerk (Freigabe HFA).

4. Nach 2 Jahren soll eine Evaluierung stattfinden.

In dieser Fassung mit

2 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, ein kostenfreies ÖPNV-Ticket für alle Bediensteten und Angestellten des Rheingau-Taunus-Kreises und der kreiseigenen Gesellschaften zeitnah einzuführen und entsprechend im Haushaltsplan 2020 zu berücksichtigen. Eine entsprechende Kooperation mit den Städten und Gemeinden des Rheingau-Taunus-Kreises ist anzustreben.

Die Verwaltung wird beauftragt zu klären, ob bei einer Beschlussfassung alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das ÖPNV-Ticket im steuerlichen Sinne nutzen müssen. In diesem Zusammenhang steht die Frage, wie wird der „geldwerte Vorteil“ steuerlich betrachtet und was bedeutet dies für die sog. „Pendlerpauschale“. Bis zur Klärung der steuerlichen Fragen ergeht ein Sperrvermerk (Freigabe HFA).

Nach Einführung soll nach 2 Jahren eine Evaluierung stattfinden.

**TOP 12. DS X/1097 Sanierung der Waldbachschule in Eltville-Hattenheim;
hier: Antrag Nr. 32/19 der SPD-Fraktion vom 18.09.2019**

Zum Tagesordnungspunkt liegen vor:

1. Antrag der Grünen-Fraktion vom 25.11.2019, **Anlage 1 der Niederschrift**
2. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 29.11.2019, **Anlage 2 der Niederschrift**

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Rossow, Hannes, Müller, Mahr, Barth, Linke, Gagel, Landrat Kilian und Ausschussvorsitzender Zehner.

Der Antrag der GRÜNEN wird bei

6 JA-Stimmen und
9 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag von CDU und SPD wird bei

9 JA-Stimmen und
6 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Abg. Zarda erklärt für seine Fraktion, dass damit der Antrag seiner Fraktion zu TOP III. 13 der Tagesordnung der Kreistagssitzung erledigt ist. Es besteht Einvernehmen, dass der AfD-Ergänzungsantrag zu TOP III. 13 (**Anlage 3 der Niederschrift**) zum Gegenstand der nächsten Kreistagssitzung am 04.02.2020 wird.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag fordert den Erhalt von kleinen Grundschulen, sofern in der Mehrjahresplanung die Schülermindestzahlen erreicht werden.
2. Nachdem feststeht, dass die vom Kreisausschuss evaluierten Zahlen zur Waldbachschule die entsprechenden Anforderungen der Mindestgröße entsprechend den Vorgaben des Landes erreichen, spricht sich der Kreistag für den Erhalt der Waldbachschule aus.
3. Die Investitionsmittel für die Sanierung der Waldbachschule sind im jetzigen Haushalt 2020 im Investitionsplan mit Planungsmitteln in Höhe von 160.000 Euro für das 2020 und jeweils 720.000 Euro für die Jahre 2021 und 2022 für die Durchführung der notwendigen grundlegenden Sanierungsmaßnahmen zu bereitzustellen. Dies wird entsprechend bei den Haushaltsberatungen seitens des Kreistags berücksichtigt werden.
4. Für die Zeit der Baumaßnahmen soll möglichst eine Beschulung der Schülerinnen und Schüler in Hattenheim sichergestellt und die Nutzung der Vereinsräumlichkeiten weiter gewährleistet werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Stadt Eltville am Rhein, soweit erforderlich, den Rheingau-Taunus-Kreis bei der Umsetzung dieses Ziels im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt.
5. Der im Investitionsplan vorgesehene Ansatz für die Grundschule in Eltville-Erbach wird um die Raumerweiterung im Zuge der angedachten Zusammenlegung der Grundschulstandorte von Erbach und Hattenheim auf die Investitionskosten einer Mensa auf 600.000 Euro reduziert.

TOP 13. DS X/1152 Feier zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit am 03. Oktober 2020; hier: Antrag Nr. 39/19 der AfD-Fraktion vom 06.11.2019

Zum Tagesordnungspunkt liegen folgende Unterlagen vor:

1. Änderungsantrag der CDU vom 20.11.2019, **Anlage 4 der Niederschrift**

2. Aktualisierte Antragsfassung der AFD vom 25.11.2019, **Anlage 5 der Niederschrift**,
3. Änderungsantrag der LINKEN vom 27.11.2019, **Anlage 6 der Niederschrift**.

Nach kurzer Aussprache, an der sich die Abg. Müller, Gagel, Zarda und Landrat Kilian beteiligen, erklärt der Abg. Gagel, dass er für seine Fraktion den CDU-Antrag übernimmt.

Ausschussvorsitzender Zehner lässt über den CDU-Antrag abstimmen. Dieser wird bei

6 JA-Stimmen
1 NEIN-Stimme
Enthaltungen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten in Zusammenarbeit *mit dem Kreistagsvorsitzenden*, alsbald mit den zuständigen Gremien des Saale-Orla-Kreises in Verbindung zu treten, um zu klären, ob ein Interesse an einer gemeinsamen Feier zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit bestünde.

Über die Ergebnisse der Sondierungsgespräche soll *der Kreistagsvorsitzende im Ältestenrat berichten*.

Für die Veranstaltung einer Feier zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands am 03.10.2020 werden in den Haushalt 10.000 € eingestellt. Die Mittelverwendung wird mit einem Sperrvermerk versehen.

TOP 14. DS X/1156 Erhalt von kleinen Grundschulen; hier: Antrag Nr. 40/19 der CDU-Fraktion vom 05.11.2019, eingegangen am 06.11.2019

Abstimmungsergebnis: **vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 15. DS Tagesordnung der Kreistagssitzung am 03.12.2019

Die Empfehlungen zur Tagesordnung der Kreistagssitzung sind der Niederschrift als **Anlage 7** beigefügt.

Landrat Kilian wird gebeten mit dem Kreistagsvorsitzenden Willsch zu klären, in welchem Rahmen die ökumenische Andacht im Anschluss an die Kreistagssitzung stattfinden soll. Hierüber soll KTV Willsch die Fraktionsvorsitzenden informieren.

Die Frage, ob die Beratung des Haushaltsentwurfes in der Tagesordnung vorgezogen werden soll, wird in der Sitzung des Ältestenrates am 03.12.2019 diskutiert.

TOP 16. DS X/1139 Beschlussfassung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020

Ausschussvorsitzender Zehner eröffnet die Beratungen zum Haushaltsentwurf 2020. Er schlägt vor, Nachfragen zu den Beantwortungen der Fragen der Fraktionen zuerst zu beraten, dann die Änderungsliste und schließlich die Einzelanträge der Fraktionen.

Für die Beantwortung der Fragen wird auf die entsprechenden Zusammenstellungen des Sitzungsdienstes vom 27.11.2019 und vom 28.11.2019 verwiesen. Die Antworten werden deshalb nicht als Anlagen der Niederschrift aufgenommen.

Folgende Unterlagen liegen vor bzw. werden verteilt:

Änderungsliste der Verwaltung, Stand: 26.11.2019	Anlage 8
Anträge der SPD-Fraktion vom 19.11.2019, Nr. 1 – 10	Anlage 9
Anträge der LINKEN-Fraktion vom 21.11.2019, Nr. 1 – 4	Anlage 10
Anträge der AfD-Fraktion vom 25.11.2019, Nr. 1 – 3	Anlage 11
Anträge der CDU-Fraktion vom 25.11.2019, Nr. 1 – 3	Anlage 12
Anträge der FDP-Fraktion vom 26.11.2019, Nr. 1 – 5	Anlage 13
Anträge der FWG-Fraktion vom 27.11.2019, Nr. 1 – 3	Anlage 14
Anträge der GRÜNEN-Fraktion vom 28.11.2019, Nr. 1 – 5	Anlage 15

Fragen der Abg. Barth und Rossow zur Beantwortung der FWG-Fragen werden durch Herrn Schwalbach, Landrat Kilian und KB Merkert beantwortet.

Fragen der Abg. Reimann, Müller und Zarda werden ebenfalls durch Landrat Kilian und KB Merkert beantwortet.

Ausschussvorsitzender Zehner ruft die Änderungsliste zur Beratung auf. Im Zusammenhang mit der Personalbedarfsmessung der Fa. con_sens im FB II wird beanstandet, dass die Untersuchung nicht allen Kreistagsmitgliedern vorliegt. An der Aussprache hierzu beteiligen sich die Abg. Müller, Rossow, Ausschussvorsitzender Zehner, KB Merkert und Landrat Kilian. Abg. Müller stellt den Antrag, alle entsprechenden Stellen mit einem Sperrvermerk zu versehen. Der Antrag wird bei

4 NEIN-Stimmen

mehrheitlich

beschlossen.

Abg. Müller beantragt die Streichung der Nr. 25. Der Antrag wird bei

4 JA-Stimmen und
11 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Die Änderungsliste (Anlage 8) wird den beschlossenen Änderungen bei

11 JA-Stimmen
1 NEIN-Stimme und
3 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Die Beratungen werden fortgesetzt mit den Anträgen der SPD-Fraktion (Anlage 9). Antrag Nr. 1 der SPD-Fraktion, Antrag Nr. 2 und Nr. 5 (1) der FDP-Fraktion und Antrag Nr. 2, Punkt der FWG-Fraktion haben den gleichen Gegenstand.

Ausschussvorsitzender Zehner lässt über den weitest gehenden FWG-Antrag auf Streichung der Mittel zunächst abstimmen. Der Antrag wird bei

1 JA-Stimme
3 Enthaltungen und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Die Anträge Nr. 2 und 5 (1) der FDP-Fraktion werden sodann einstimmig beschlossen.

Antrag Nr. 2 der SPD-Fraktion wird sodann bei 4 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

Zu Antrag Nr. 3 der SPD-Fraktion beteiligen sich die Abg. Müller, Mahr, Reimann, Barth und Linke an der Aussprache. Der Antrag wird bei

1 NEIN-Stimme
3 Enthaltungen und
JA-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

beschlossen.

Antrag Nr. 4 der SPD-Fraktion, Antrag Nr. 1 der GRÜNEN und Antrag Nr. der CDU haben den gleichen Gegenstand. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mahr, Barth, Linke, Zarda, Müller, Lieber und Ausschussvorsitzender Zehner.

Abg. Gagel beantragt zur Geschäftsordnung den Schluss der Debatte. Abg. Linke spricht gegen den Antrag. Der Geschäftsordnungsantrag wird bei

3 JA-Stimmen und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Zarda, Reimann, Mahr, der den Antrag seiner Fraktion zurückzieht und der Abg. Linke.

Antrag Nr. 1 der GRÜNEN wird sodann bei

4 JA-Stimmen
9 NEIN-Stimmen und
2 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Antrag Nr. 1 der CDU-Fraktion wird sodann bei

4 NEIN-Stimmen und
JA-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

beschlossen.

Antrag Nr. 5 der SPD-Fraktion (Trinkwasserspender) wird nach Aussprache, an der sich die Abg. Müller, Mahr, Lieber, Rossow, Zarda, Linke und Barth beteiligen bei

6 JA-Stimmen
8 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Antrag Nr. 6 der SPD-Fraktion wird bei

6 JA-Stimmen
8 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Antrag Nr. 7 der SPD-Fraktion wird bei

6 JA-Stimmen
8 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Antrag Nr. 8 der SPD-Fraktion wird bei

6 JA-Stimmen
9 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Antrag Nr. 9 der SPD-Fraktion wird durch den Abg. Mahr erläutert. Abg. Linke bittet um Einfügung der Worte „zum Beispiel“ nach dem Wort „wie“ in der Antragsüberschrift. In dieser Fassung bei

11 JA-Stimmen
3 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

beschlossen.

Antrag Nr. 10 der SPD-Fraktion, wie auch Antrag Nr. 4 der GRÜNEN-Fraktion ist durch HFA-Beratung erledigt.

Die Beratungen werden mit den LINKEN-Anträgen fortgesetzt.

Antrag Nr. 1 der LINKEN wird bei

2 JA-Stimmen
4 Enthaltungen
und NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Antrag Nr. 2 der LINKEN wird bei

1 JA-Stimmen
9 NEIN-Stimmen und
4 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Antrag Nr. 3 der LINKEN wird durch Änderungsantrag des Abg. Linke dahingehend, dass 10.000.- € mit Sperrvermerk HFA beschlossen werden sollen. Der Antrag wird bei

4 JA-Stimmen
2 NEIN-Stimmen und
Enthaltungen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

beschlossen.

Antrag Nr. 4 der LINKEN wird bei

13 NEIN-Stimmen und
2 Enthaltungen

abgelehnt.

Ausschussvorsitzender Zehner ruft die Anträge der AFD-Fraktion zur Beratung auf.

Antrag Nr. 1 der AFD wird bei

2 JA-Stimmen
1 Enthaltung und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Antrag Nr. 2 der AFD wird bei

2 JA-Stimmen
2 Enthaltungen und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Antrag Nr. 3 der AFD wird bei

2 JA-Stimmen
5 Enthaltungen und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Die CDU-Anträge 1 und 2 sind bereits erledigt. Antrag Nr. 3 ist zurückgestellt.

Die Beratungen werden mit den FDP-Anträgen fortgesetzt. Zur Nr. 1 der FDP-Fraktion beteiligen sich die Abg. Müller, Lieber, Mayer und Linke an der Aussprache.

Antrag Nr. 1, Punkt 1 der FDP wird bei

8 JA-Stimmen
6 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

beschlossen.

Antrag Nr. 1, Punkt 2 der FDP wird bei

2 NEIN-Stimmen
3 Enthaltungen und
JA-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

beschlossen.

Antrag Nr. 2 der FDP ist erledigt.

Antrag Nr. 3 der FDP wird nach Aussprache, an der sich die Abg. Müller, Reimann, Lieber, Ausschussvorsitzender Zehner und Landrat Kilian beteiligen bei

1 JA-Stimme
1 Enthaltung und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Antrag Nr. 4 der FDP wird bei

3 JA-Stimmen und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Zu Antrag Nr. 5, Punkt 2 beteiligen sich die Abg. Müller, Linke, der Mitarbeiter Kuhn und Landrat Kilian an der Aussprache.

Der Punkt 2 wird bei

2 JA-Stimmen
7 NEIN-Stimmen und
5 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Die Beratungen werden mit den FWG-Anträgen fortgesetzt.

Antrag Nr. 1 der FWG wird bei

3 JA-Stimmen
8 NEIN-Stimmen und
2 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Bei Antrag Nr. 2 der FWG werden die Punkte 1 und 2 für erledigt erklärt. Punkt 3 wird bei

9 JA-Stimmen und
5 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Antrag Nr. 3 der FWG (Stellenplan) wird bei

2 JA-Stimmen und
11 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Bei den Anträgen der GRÜNEN-Fraktion ist die Nr. 1 erledigt, Nr. 2 wird durch Abg. Linke

zurückgezogen.

Zu Antrag Nr. 3 beteiligen sich an der Aussprache die Abg. Reimann, Linke, Ausschussvorsitzender Zehner, Müller, Lieber, Zarda und Landrat Kilian. Abg. Linke erklärt, dass der Antrag für die Kreistagssitzung geändert und neu eingebracht wird.

Antrag Nr. 4 der GRÜNEN ist erledigt. Antrag Nr. 5 wird bei

1 NEIN-Stimme und
JA-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

beschlossen.

Weitere Anträge liegen nicht vor. Ausschussvorsitzender Zehner ruft abschließend den Haushaltsplan gesamt mit der Änderungsliste und den soeben beschlossenen Anträgen zur Abstimmung auf. Der Haushaltsplan (**siehe Änderungsliste NEU, Anlage 16 der Niederschrift**) wird bei

9 JA-Stimmen
3 NEIN-Stimmen und
2 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der vom Kreisausschuss festgestellte Entwurf der Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 97 Abs. 3 HGO beschlossen.
2. Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2019-2023 wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 101 Abs. 3 HGO beschlossen.

TOP 17. DS Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Bad Schwalbach, 29. November 2019

(Sandro Zehner)
Ausschussvorsitzender

(Harald Rubel)
Schriftführer